

Der Bezirksleitung Leipzig fehlen besonders viel Parteilehrer, und trotzdem bemüht sie sich wenig, neue zu entwickeln. Zwei Genossen hatten im August an einer Sonderschule des Zentralkomitees einen Lehrgang mit Fachstudium absolviert und sollten an der Bezirksparteischule eingesetzt werden. Die Bezirksleitung Leipzig nahm aber keine Rücksicht auf die Qualifikation der Genossen, auch nicht auf die Situation im Lehrerkollektiv der Bezirksparteischule und setzte die beiden Genossen in Kreisleitungen ein. Unverständlich ist, warum die Bezirksleitungen Frankfurt (Oder), Cottbus, Magdeburg, Neubrandenburg, Schwerin und Suhl so wenig Mühe darauf verwenden, die Lehrerkollektive ihrer Parteischulen voll zu besetzen. Trotz der Vorschläge, aus dem abgeschlossenen Lehrgang Genossen als Assistenten an der Schule zu belassen, werden restlos alle Genossen Schüler in der operativen Arbeit der Partei eingesetzt.

Die Parteiorganisationen der Bezirke werden ihre Aufgaben künftig nur dann erfüllen können, wenn sie jetzt auf den Parteischulen die nötigen Kader dafür gründlich ausbilden. Die Bezirksleitungen sind dafür verantwortlich, daß an ihren Schulen disziplinierte, der Partei treu ergebene und für die Interessen der Arbeiterklasse konsequent kämpfende Genossen erzogen werden. Deshalb ist es notwendig, daß sie ihre Parteilehrer sorgfältig anleiten, sie schätzen und für ihre Qualifikation sorgen. Die Bezirksleitungen müssen auch alle Mühe aufwenden, daß die Lehrerkollektive voll besetzt werden. Nur ein gut besetztes, qualifiziertes und in der Arbeit erprobtes Lehrerkollektiv garantiert die Durchführung erfolgreicher Lehrgänge.

Hanna Malcherowitz
Instrukteur der Abt. Leitende Organe
beim ZK der SED

Anmerkung der Redaktion:

Wie aus einer Zuschrift des Lehrerkollektivs der Kreispartei-schule Altenburg an unsere Redaktion hervorgeht, ist es auch mit der Hilfe der Kreisleitungen und der Bezirksleitung Leipzig für diese Kreispartei-schule sehr schlecht bestellt. Die Genossen wenden sich mit ihren Kadernsorgen an die Redaktion, weil sie nirgends Hilfe erhalten. Der Genosse Neumann, Mitarbeiter im Apparat der Bezirksleitung Leipzig, hätte ihnen lediglich mitgeteilt, daß er wohl ihre Sorgen kenne, aber auch nicht helfen könne. Wie die Genossen schreiben, hätten sie vom zweiten Viermonatslehrgang 1953 fünf Genossen vorgeschlagen, die als Assistenten an der Kreispartei-schule bleiben sollten. Sie bekamen aber keinen. Vom ersten Lehrgang 1954 schlugen sie acht Genossen als Assistenten für die Kreispartei-schule vor. Aber auch diese Genossen wurden alle anderweitig eingesetzt.

Die Genossen sagen mit vollem Recht, daß der Erfolg der Erziehungsarbeit an der Kreispartei-schule vom Lehrerkollektiv abhängt. Jedem müßte doch einleuchten, daß ein viel zu kleines Lehrerkollektiv die Aufgaben niemals voll erfüllen kann.

Da mehrere Kreise ihre Genossen auf die Kreispartei-schule Altenburg entsenden, fühlt sich keine der betreffenden Kreisleitungen für die Entwicklung von Kadern für die Schule verantwortlich. Hier müßte die Bezirksleitung eingreifen und dafür sorgen, daß von vornherein einige Genossen mit der Perspektive zum Lehrgang geschickt werden, eventuell nachher als Assistenten auf der Schule zu bleiben.

Wie ist der Punkt 70

Die volkseigene Wirtschaft ist die ökonomische Grundlage der Macht der Arbeiter und Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere Partei trägt vor der gesamten Arbeiterklasse die Verantwortung für die Festigung und Weiterentwicklung unserer volkseigenen Wirtschaft, für die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten. Die Arbeit der gesamten Partei orientiert sich darauf, dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, das bekanntlich als ein Erfordernis für die maximale Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft auch die höchstentwickelte Technik nennt.

Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte ist also von entscheidender Bedeutung. Für unsere Grundorganisationen ergeben sich daraus verantwortungsvolle Aufgaben. Sie finden ihren besonderen Ausdruck im Wortlaut des Punktes 70 unseres Statuts. Unsere Grundorganisationen verstehen es aber noch nicht immer, von ihrem statutenmäßigen Recht der Kontrolle und Anleitung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe den richtigen Gebrauch zu machen. Einige Beispiele aus dem Steinkohlenbergbau sollen dazu dienen, die noch vorhandenen Schwächen in der Arbeit unserer Betriebsparteiorganisationen zu zeigen und den Genossen helfen, ihre Aufgaben zukünftig besser und verantwortungsbewußter zu erfüllen.

Wo die Kontrolle vernachlässigt wird, gibt es Schwierigkeiten in der Produktion

Auf der Schachtanlage „RBS“ in Oelsnitz im Erzgebirge mußte ein Abbau eingestellt werden, weil die Temperaturen eine bergmännische Arbeit unter Einhaltung der Arbeitsschutzbedingungen im Grubenbetrieb nicht mehr zuließen. Ursache dafür war, daß einige Nachrißarbeiten zur Erweiterung der Wetterwege und damit die gesamte Wetterführung sträflich vernachlässigt wurden.

Die Technische Bezirksbergbauinspektion gab Anweisung, den betreffenden Abbau stillzusetzen und legte Maßnahmen zur Veränderung der Lage fest. Erst nachdem dies geschehen war, befaßte sich auch die Parteiorganisation in einer Leitungssitzung mit den Mißständen, ließ die verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre darüber berichten und faßte Beschlüsse zur Veränderung der Lage.

Diese Situation und der damit verbundene Produktionsausfall wäre vermeidbar gewesen, wenn die verantwortlichen Genossen der Grundorganisation im Grubenbetrieb dieses Steinkohlenwerks eine wirksame Kontrolle ausgeübt hätten. Das hätte ihnen ermöglicht, rechtzeitig für die Einleitung wirksamer Maßnahmen zu sorgen.

Bei einer Überprüfung des volkseigenen Steinkohlenwerks „Karl Marx“ wurde festgestellt, daß von den dort vorhandenen sieben Schrämmaschinen im I. Quartal dieses Jahres nicht eine einzige und in der Folgezeit nur zwei in der Produktion eingesetzt worden waren. Ebenso sah es mit dem Einsatz der Panzerförderer aus. Von den vorhandenen sieben Panzerförderern wurden im ersten Halbjahr 1954 in den verschiedenen Abbauen nur zwei